



# PRESSEBERICHT

99

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM

SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61

FERNSPRECHER 20186



No. 23

Amsterdam, 3. Dezember 1927

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I. T. F.)

## EISENBAHNER.

Das Koalitionsrecht in Jugoslawien. (I.T.F.) Wie erinnerlich sein dürfte, hat die I.T.F. in einem der letzten Internationalen Arbeitskonferenzen in Genf unterbreiteten Bericht über das Koalitionsrecht die Einschränkungen aufgezeigt, welche hinsichtlich der beruflichen Vereinigungsfreiheit der jugoslawischen Eisenbahner bestehen. Nach einer Intervention der I.T.F., wobei sie vom Internationalen Arbeitsamt unterstützt wurde, und nach den Protesten der I.T.F.-Organisationen bei den diplomatischen Vertretern des Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen im Ausland hat die Regierung schliesslich die gewerkschaftliche Eisenbahner-Organisation anerkannt. Dieses Zugeständnis war aber nur Schein; an die Stelle des offenen Kampfes gegen die Gewerkschaft traten versteckte Angriffe auf die organisierten Eisenbahner in Form von Schikanen und Massregelungen aller Art, denen die rührigsten Verbandsmitglieder ausgesetzt sind; Versetzungen, Entlassungen und Strafmassnahmen sind an der Tagesordnung.

Das Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation erhielt nun die Nachricht, dass der Generalsekretär des jugoslawischen Eisenbahner-Verbandes nach einigen Versetzungen dieses Mal ohne jegliche Angabe von Gründen aus dem Eisenbahndienst entlassen worden ist. Die jugoslawische Regierung hofft nun wahrscheinlich, sich des Verbandes, der sie so sehr an ihrer Einsparungspolitik und ihren, mit der Kommerzialisierung der Eisenbahnen im Zusammenhang stehenden Intrigen behindert hat, entledigen zu können. Wir können jedoch heute schon voraussagen, dass sie in dieser Hinsicht keine grosse Befriedigung erleben wird. Die I.T.F. und ihre angeschlossenen Organisationen werden ihre jugoslawischen Kameraden nicht im Stiche lassen und der entlassene Sekretär wird jetzt wohl mehr denn je für die Organisation arbeiten können.

Die Arbeiterklasse der ganzen Welt muss nun ein für allemal einsehen, dass die Scheindemokratie und der Scheinfortschritt Jugoslawiens um kein Haar besser sind als die Politik des reaktionärsten und rück-schrittlichsten Staates.

Vermittlung der I.T.F. in Sachen der ehemaligen Streikenden bei der thessalischen Eisenbahn. (I.T.F.) Das Personal der Eisenbahngesellschaft Thessaliens (Griechenland) war Anfang 1925 in einen Generalstreik getreten, um seine Forderungen durchzusetzen. Diese Bewegung endigte aber mit einer Niederlage. Die Gesellschaft griff darauf zu Massregelungen und entliess eine grosse Anzahl Streikender. Heute, 2 1/2 Jahre nach diesem Konflikt und trotz der Vorstellungen sowohl seitens der Eisenbahner-Föderation, als auch der Behörden, weigert sich die Gesellschaft immer noch, die ehemaligen Streikenden wieder einzustellen. Nun hat die panhellenische Eisenbahner-Föderation eine neue Bewegung zu Gunsten der früheren Eisenbahngestellten des thessalischen Netzes eingeleitet. Zu diesem Zwecke hat sie auch die I.T.F. um Unterstützung angegangen, die sich ihrerseits telegraphisch an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer wandte mit der Bitte, einen Recht und Billigkeit entsprechenden Beschluss zu treffen und zu Gunsten der Wiedereinstellung der Betroffenen einzugreifen.

Streik und passive Resistenz im deutschen Reichsbahnbezirk Dresden. (I.T.F.) Vor einiger Zeit fanden zwischen der Reichsbahndirektion Dresden und den Eisenbahnergewerkschaften Verhandlungen statt im Zusammenhang mit der Nachprüfung der für die Reparaturen aufgewendeten

Beträge -- es wurde bisher in dem Lokomotiven- und Wagen-Ausbesserungswerk im Akkord gearbeitet -- .

Bei dieser Nachprüfung hat sich herausgestellt, dass die Arbeitszeit für einzelne Reparaturarbeiten zu hoch, für andere zu niedrig angesetzt war. Der Werkstattleiter hatte nun, ohne das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten, von sich aus eine Verkürzung aller Arbeitszeiten ohne Unterschied vorgenommen. Diese Massnahme erregte unter der Belegschaft erhebliche Aufregung, die noch durch den Umstand verschärft wurde, dass die Verhandlungen über die von der Reichsbahn grundsätzlich gewährte Erhöhung der Ortslohnzuschläge sich gerade in Dresden sehr lange hinzogen. In einer Betriebsversammlung der Arbeiterschaft des Ausbesserungswerks kam es vergangene Woche zu stürmischen Auftritten. Drei der Redner, die sich besonders gegen den Werkstattleiter gewandt hatten, wurden unmittelbar nach der Versammlung fristlos entlassen. Das gesamte Personal beantwortete diese Massnahme am 26. November mit der Arbeitsniederlegung und erklärte, erst dann wieder die Arbeit aufnehmen zu wollen, wenn alle Entlassenen wieder eingestellt seien.

Auf diese Vorkommnisse hin haben sich die Dresdener Güterbodenarbeiter mit dem Konflikt beschäftigt und in einer Funktionärkonferenz beschlossen, so lange "entsprechend den Bestimmungen" zu arbeiten, bis der Konflikt in der Werkstatt beendet sei. Durch diese passive Resistenz-Bewegung ist die Lage wesentlich verschärft worden, weil sich die Direktion dadurch veranlasst sah, die Werkstätten bis auf weiteres zu schliessen. In Anbetracht der allgemeinen Erregung unter dem Reichsbahnpersonal als Folge der wenig entgegenkommenden Haltung der Reichsbahnverwaltung in Sachen der Gehaltsaufbesserung ist die Möglichkeit eines sich weiter ausdehnenden Konfliktes nicht ausgeschlossen.

Einstellung der Elektrifizierungsarbeiten in Osterreich. (I.T.F.) Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen hat soeben ihre Absicht, das Elektrifizierungsprogramm nur teilweise zur Ausführung zu bringen, bekanntgegeben. Sie wird sich demnach nur auf die Elektrifizierung der zwischen Salzburg und der schweizerischen Grenze liegenden Strecke beschränken. Die Gründe zu diesem Beschlusse liegen teils in der Verbilligung der Kohle, teils in dem teuern Zinsfuss zu dem das Leihkapital den Bundesbahnen zur Verfügung stünde (die nötigen Mittel wurden aus den Kreditresten des Völkerbundes bereitgestellt). In den letzten Jahren ist übrigens überall festgestellt worden, dass der Dampfbetrieb etwas billiger als der elektrische Betrieb zu stehen kommt. Die Generaldirektion der Bundesbahnen hofft ferner den Vorteil der grösseren Geschwindigkeit des elektrischen Betriebes durch Beistellung grösserer Dampflokomotiven beim Dampfverkehr wettzumachen.

In einem Schreiben des Vorstandes der Arbeiterkammer an das Bundeskanzleramt wird verlangt, dass dieses grosse volkswirtschaftliche Problem geklärt werden soll und dass die Entscheidung nicht nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten gefällt werden dürfe. In diesem Schreiben wird ferner darauf hingewiesen, dass sich ganze Industrien auf die Fortführung der Elektrifizierung eingestellt haben und dass die Einstellung der Elektrifizierungsarbeiten eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie zur Folge haben würde.

#### TRANSPORTARBEITER.

Streik der Hafearbeiter in Australien. (I.T.F.) Am 21. November sind die australischen Hafearbeiter auf eine von ihrer Organisation herausgegebene Parole in den Streik getreten, um die Aufhebung der Überzeitarbeit zu erwirken. Von 5 Uhr nachmittags ab wurde die Behandlung aller von überseeischen Ländern stammenden oder für solche bestimmter Waren eingestellter. Man ist auf eine allgemeine Stockung des australischen Seeverkehrs gefasst; zur Zeit ist Hochsaison in der Wollausfuhr und verschiedene Schiffahrtsgesellschaften haben die Absicht bekanntgegeben, bei beharrlicher Weigerung der Hafearbeiter die Schiffe aufzulegen. Das australische Parlament hat mit 33 gegen 16 Stimmen einen Antrag angenommen, wonach es sich verpflichtet, die Regierung in ihrem Bestreben zur Aufrechterhaltung der "Ordnung" und Sicherung der Fortführung der für das Wohl der Gesamtheit arbeitenden Betriebe zu unterstützen.

- 3 -

Die belgischen Transportarbeiter fordern eine Zwangsversicherung gegen Erwerbslosigkeit. Der erweiterte Hauptvorstand des belgischen Transportarbeiter-Verbandes hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Unzulänglichkeit der an sämtliche Transportarbeiter-Kategorien ausbezahlten Erwerbslosenunterstützung beschäftigt und das Exekutiv-Komitee beauftragt, auf eine Erhöhung der Unterstützungssätze hinzuwirken, sowie beim Arbeitsminister auf die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zu drängen, der eine Zwangsversicherung gegen Erwerbslosigkeit vorsieht, in die sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer Beiträge zu leisten haben. Die jetzige Versicherung ist freiwillig. Die Arbeiter haben die Beiträge, die durch Vermittlung der gewerkschaftlichen Organisation geleistet werden, in voller Höhe zu entrichten.

Lohnaufbesserung für die Wiener Speditionsarbeiter. (I.T.F.) Der neue, am 1. November 1927 in Kraft getretene Kollektivvertrag bringt für die Wiener Speditionsarbeiter im Vergleich zum alten, im Oktober gekündigten Vertrag eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich.

Die Lohnsätze der Gruppe Magazinsmeister und Chauffeure werden um 4 Schillinge auf S 64, die Löhne der Speditionskutscher und Speditionsarbeiter um 3,80 auf S 63,30 und die der Portiere, Tag- und Nachtwächter sowie des Stallpersonals um 3,70 auf S 61 pro Woche erhöht. Der Vertrag ist auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden; auf Antrag der Arbeitnehmer wurde in denselben eine Teuerungsklausel aufgenommen, die bestimmt, dass auch während der Vertragsdauer Forderungen gestellt werden können, wenn sich eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um insgesamt fünf Prozent ergibt, wobei als Preisbasis der 1. November 1927 gilt.

Ein Meeting der Hafendarbeiter in Rotterdam. (I.T.F.) Der holländische Transportarbeiter-Verband hat am 20. November zu Rotterdam eine erfolgreiche Versammlung abgehalten, wo Redner aus verschiedenen Ländern, nämlich die Kameraden Ben Fillet (Grossbritannien), Hähnel (Deutschland), Somers (Belgien) und Kievit (Holland) das Wort ergriffen. Nachdem sie über die in ihren Ländern herrschende Lage einen Überblick gegeben hatten, forderten die verschiedenen Redner die Arbeiter auf, zur Wahrung der Interessen der Hafendarbeiter an einer einheitlichen internationalen Aktion mitzuwirken.

#### SEELEUTE.

Kampagne für internationale Durchführung des Achtstundentages an Bord. (I.T.F.) In seiner kürzlichen Sitzung hat der Hauptvorstand der französischen Seeleute-Föderation eine Entschliessung angenommen, worin es u. a. heisst:

"Nach Erüfung der Art und Weise der von der I.T.F. veranstalteten und geleiteten internationalen Kampagne für die Einführung des Achtstundentages in der Handelsschiffahrt aller Länder, erklärt sich der Hauptvorstand mit den von der Hauptverwaltung des Verbandes bereits getroffenen Massnahmen, um die französischen Seeleute in diese Aktion mit einzubeziehen, einverstanden.

Der Vorstand übermittelt der I.T.F. seinen Dank dafür, dass sie endlich dieses grosszügige Aktionsprogramm in eine feste Form gebracht hat, ein Programm, das allein geeignet ist, den Widerstand der Reeder aller Länder gegen diese grosse Verbesserung sowohl in menschlicher, als in sozialer Hinsicht, zu brechen,

und fördert alle französischen Seeleute auf, sich rückhaltlos und mit allen Kräften dieser Bewegung anzuschliessen".

- 4 -

Die französischen Seeleute gegen die Verwendung Farbiger. (I.T.F.)  
 Der Hauptvorstand der französischen Seeleute-Föderation hat in seiner Sitzung vom 24. und 25. November eine Entschliessung betr. der Verwendung Eingeborener aus den französischen Kolonien an Bord von Schiffen angenommen. Darin wird die bereits vom Landeskongress am 6. Februar 1925 gefasste Resolution über einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Schiffahrtsgesetzes vom Jahre 1793 (dieser bestimmt u.a., dass die Offiziere und drei Viertel der Besatzung eines französischen Schiffes französische Staatsangehörige sein müssen und Eingeborene,-Untertanen oder französische Schützlinge-- in dem festgesetzten Verhältnis in die Besatzungen der in der französischen Handelsmarine verwendeten Schiffe aufgenommen werden können) bestätigt. In dieser Resolution wird gegen die "missbräuchliche Verwendung Eingeborener durch die Reeder, womit nur bezweckt wird, die Löhne zu verschlechtern und die sozialen Gesetze und Vorschriften über die Arbeit, Hygiene und Sicherheit an Bord zu umgehen", protestiert.

Sie bestätigt von neuem, dass der Widerstand der französischen Seeleute-Föderation gegen die Versuche, die Eingeborenen der französischen Kolonien als Franzosen zu behandeln, nicht gebrochen werden kann. Schliesslich wird in der Resolution die Hauptverwaltung des Verbandes beauftragt, eine tatkräftige Bewegung zur Wahrung der Interessen der französischen Seeleute durchzuführen.

Schwimmende Särge. (I.T.F.) Anschliessend an eine in No. 19 des Presseberichtes erschienene Notiz können wir mitteilen, dass der fragliche Cardiffer Reeder, der zwei seiner Schiffe dutzendemale in einem unschiffbaren und überladenen Zustande auf See geschickt und dadurch den Untergang der "Fastway" mit samt der Besatzung von 23 Mann verursacht hat, am 28. November zu 12 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens in Höhe von mehr als 6 000 Pfund Sterling verurteilt worden ist.

Der englische Gewerkschaftsbund und Havelock Wilson. (I.T.F.) Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes, der in seiner Sitzung vom 23. November zu der durch die Weigerung des englischen Seeleute-Verbandes geschaffenen Lage Stellung zu nehmen hatte -- dieser weigerte sich bekanntlich, dem Verlangen des Generalrats entsprechend künftig davon Abstand zu nehmen, Bestrebungen zur Gründung neutraler Bergarbeiter-Verbände zu unterstützen -- hat satzungsgemäss beschlossen, den Fall auf dem nächsten Kongress zur Sprache zu bringen. Bis dieser eine Entscheidung getroffen hat, wird der Seeleute-Verband im Gewerkschaftsbund bleiben.

-----